

**BERLIN - INTERN
DER INFOBRIEF**



der
LANDESGRUPPE BRANDENBURG
der
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Mitglieder: Michael Stübgen, MdB (Vorsitzender der Landesgruppe)
Jens Koeppen, MdB (Stellvertretender Vorsitzender)
Uwe Feiler, MdB
Hans-Georg von der Marwitz, MdB
Martin Patzelt, MdB
Jana Schimke, MdB
Sebastian Steineke, MdB
Dr. Klaus-Peter Schulze, MdB

Nr. 30 / 2017 (28. Juli 2017)

Inhaltsverzeichnis:

1. Vorwort des Landesgruppenvorsitzenden
2. Unsere Regierungsbilanz 2013 bis 2017 – Teil 1
3. Deutsche Agrarexporte weiter gestiegen
4. Bundeskabinett bestätigt 3. Pflegemindestlohnverordnung

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

beginnend mit der heutigen Ausgabe von „Berlin-Intern“ blicken wir auf eine erfolgreiche Regierungsbilanz der Legislaturperiode von 2013 bis 2017 zurück und lassen die wesentlichen Ergebnisse unsere Regierungsarbeit Revue passieren.

Ihr

Michael Stübgen, MdB
Landesgruppenvorsitzender

2. Unsere Regierungsbilanz 2013 bis 2017 – Teil 1

Unser Land steht gut da. Wir haben die Arbeitslosigkeit halbiert und Schluss gemacht mit immer neuen Schulden. Die Wirtschaft wächst, und immer mehr Menschen haben gute und sichere Jobs. Rekordinvestitionen in Bildung und Forschung, in Universitäten und Kindergärten machen unser Land fit für die Zukunft. Gehälter und Renten steigen, die Versorgung von Pflegebedürftigen wurde deutlich verbessert. Diese Erfolge – das sind die Erfolge der Menschen im ganzen Land: fleißige Arbeitnehmer, mutige Unternehmer, kreative Tüftler, liebevolle Eltern, engagierte Ehrenamtliche. Sie alle hat die CDU im Blick, für sie arbeiten wir jeden Tag. Wir trauen den Menschen etwas zu, wir setzen auf ihre Stärken, ihren Einsatzwillen und ihre Leistungsbereitschaft und unterstützen sie nach Kräften. Diese Politik wollen wir fortsetzen: Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben.

2.1. Starke Wirtschaft

Deutschlands Wirtschaft brummt wie schon lange nicht mehr und die Menschen in unserem Land profitieren davon – durch sichere Arbeitsplätze und steigende Löhne. Auch die Aussichten sind nach wie vor gut: Die CDU sorgt für die richtigen Investitionen in Deutschlands Zukunft. Die Erwartungen der Unternehmer sind so gut wie nie zuvor. Und die Bereitschaft zum privaten Konsum ist so groß, wie seit 16 Jahren nicht mehr.

2.1.1. Stabiles Wachstum

Deutschlands Wirtschaft wuchs in den ersten drei Monaten 2017 um 0,6 Prozent gegen- über dem letzten Quartal 2016. Um 14 Prozent ist die deutsche Wirtschaft von 2010 bis 2016 gewachsen, durchschnittlich um 2 Prozent jedes Jahr. Die OECD sagt voraus: Die deutsche Wirtschaft wächst weiter: 2017 um 1,7 Prozent und 2018 um 2,0 Prozent.

2.1.2. Wir unterstützen den Mittelstand

20 Prozent zusätzliche neue Arbeitsplätze hat der Mittelstand allein von 2008 bis 2015 geschaffen. 84 Prozent aller Auszubildenden in Deutschland lernen dort. Die CDU unterstützt deshalb kleinere und mittelgroße Unternehmen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit weltweit zu stärken, u. a. mit dem Aktionsprogramm Zukunft Mittelstand.

2.1.3. Bürokratiebremse eingeführt

Nach dem Prinzip „One-in, one-out“ muss seit 2015 neuer Verwaltungsaufwand an anderer Stelle ausgeglichen werden. Durch das Bürokratie-Entlastungsgesetz und die Modernisierung des Vergaberechts werden jedes Jahr insgesamt 1,4 Milliarden Euro an Kosten eingespart.

2.1.4. Erbschaftsteuer reformiert

Für die CDU ist klar: Firmen dürfen im Todes- und Erbfall nicht durch Erbschaftsteuern in ihrer Existenz gefährdet sein. Die 2016 in Kraft getretene Erbschaftsteuerreform sichert den Erhalt von Arbeitsplätzen sowie Planungssicherheit für Unternehmen. Firmenerben werden auch künftig weitgehend von der Erbschaftsteuer verschont, wenn sie das Unternehmen lange genug fortführen und Arbeitsplätze erhalten.

2.1.5. Die Stimmung bei Unternehmern ist Spitze

Regelmäßige Befragungen der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young bestätigen den Kurs der CDU: Im Jahr 2005 bewerteten nur zehn Prozent aller Mittelständler die damalige rot-grüne Politik für den Wirtschaftsstandort Deutschland als gut oder eher gut. Unter der CDU verbesserte sich die Lage deutlich: In Jahren nach 2010 bewerteten jeweils gut 80 Prozent die Lage grundsätzlich positiv.

2.1.5. Zahl der Firmen-Pleiten halbiert

Die gute wirtschaftliche Lage in Deutschland führt auch zu einem Rückgang der Unternehmens-Insolvenzen. Unter Rot-Grün gab es 2002 und 2003 fast 40 000 Firmen-Pleiten – jedes Jahr. 2016 waren es nur noch 22 000. Das ist der niedrigste Stand seit Einführung der Insolvenzordnung 1999.

2.2. Gute Arbeit

Auf dem Arbeitsmarkt jagt ein Positiv-Rekord den nächsten: Noch nie hatten so viele Menschen einen Job. Gleichzeitig steigen Löhne und Renten. Viele Faktoren belegen: Der Aufschwung in Deutschland sorgt nicht nur für mehr Jobs, sondern auch für immer mehr bessere Jobs. Das Ziel der CDU bleibt: Arbeit für alle – sicher und gut bezahlt!

2.2.1. Immer mehr gute Arbeitsplätze entstehen

44 Millionen Menschen waren in Deutschland im Mai 2017 in Lohn und Brot – so viele wie nie zuvor. Auch die Aussichten sind gut: Die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute rechnen in ihrem Frühjahrgutachten mit rund 580 000 zusätzlichen Erwerbstätigen im Jahr 2017 und fast 400 000 im Jahr 2018.

2.2.2. Über 5 Millionen Arbeitsplätze zusätzlich

Gegenüber Februar 2005 ist die Zahl der Erwerbstätigen um über 5 Millionen gestiegen. Besonders erfreulich: Der Anstieg beruht vor allem auf dem Zuwachs bei den sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen. Arbeitslosigkeit mehr als halbiert Gegenüber dem Höchststand im Februar 2005 unter Rot-Grün hat sich die Arbeitslosigkeit zwischenzeitlich mehr als halbiert: von 5,2 Millionen auf deutlich unter 2,5 Millionen im Juni 2017. Mit 5,5 Prozent fällt die Arbeitslosenquote auf den niedrigsten Wert seit der Wiedervereinigung. Mehr noch: In 140 von 401 Landkreisen und kreisfreien Städten herrscht Vollbeschäftigung.

2.2.3. Gute Aussichten für Arbeitsuchende

Arbeitsuchende haben auch weiterhin beste Chancen auf neue Arbeit: Die Zahl der angebotenen Stellen liegt allein bei der Agentur für Arbeit konstant nahe oder sogar über 700 000. Die Voraussagen von Bundesregierung und Wirtschaft gehen auch für das Jahr 2018 davon aus, dass sich der Erfolgskurs am Arbeitsmarkt fortsetzt und noch mehr Arbeitsplätze entstehen.

2.2.4. Beste Chancen für die Jugend

Auch die Jugendarbeitslosigkeit ist in den letzten Jahren stetig gesunken – sogar während der Finanzkrise. Im April 2017 lag sie nur noch bei 6,8 Prozent. Das ist mit Abstand die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit aller Staaten der EU. EU-weit lag sie Ende April 2017 bei 16,7 Prozent.

2.2.5. Ältere bleiben länger im Beruf

Auch die Älteren profitieren von der guten Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt: Immer mehr Ältere bleiben bis zum regulären Renteneintritt in ihrem Job oder finden auch mit über 50 neue Beschäftigung. Mehr als zwei Drittel der 55- bis 64-Jährigen in Deutschland sind berufstätig.

2.2.6. Länger arbeiten wird attraktiver

Die CDU hat in der Koalition die Einführung der Flexi-Rente durchgesetzt. Damit wird der Übergang in die Rente fließender gestaltet. Wer regulär in Rente geht, aber freiwillig weiter arbeiten möchte, profitiert

doppelt: Zahlt man selbst weiter in die Rentenkasse ein, erhöht sich die eigene Rente im Folgejahr. Auch der Rentenbeitrag, den der Arbeitgeber ohnehin zahlt, wird dann künftig mit einberechnet.

2.2.7. Keine Dauerentleihe mehr in der Zeitarbeit

Für die CDU steht fest: Festanstellungen sollen der Regelfall bleiben. Deshalb sollen Zeitarbeiter spätestens nach 18 Monaten im gleichen Betrieb dort direkt eingestellt werden. Nur tarifgebundene Unternehmen dürfen davon abweichen.

2.3. Die Menschen haben mehr Geld zur Verfügung

Leistung muss sich lohnen. Wir haben unser Wahlversprechen gehalten: Mit der CDU gibt es keine Steuererhöhungen! Gleichzeitig entlasten wir die Bürger dort, wo es möglich ist. Die Politik der CDU zahlt sich für die Menschen aus.

2.3.1. Sattes Plus im Geldbeutel

Die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer in Deutschland sind von 2012 bis 2016 um fast 15,4 Prozent gestiegen. Kleinere Einkommen sind im Durchschnitt in gleicher Höhe gewachsen. Dabei sind die Löhne und Gehälter viermal stärker gestiegen als die Unternehmensgewinne. Die Einkommen von Selbstständigen sind im gleichen Zeitraum um 9 Prozent gewachsen.

2.3.2. Mehr Netto vom Brutto – geringere Einkommensteuer

Ein immer größerer Teil des Einkommens bleibt von der Steuer befreit. So erhöht die CDUgeführte Bundesregierung jedes Jahr den Grundfreibetrag bei der Einkommensteuer. 2013 lag der Grundfreibetrag noch bei 8.130 Euro. Bis 2018 wird er auf 9.000 Euro steigen. Das entlastet besonders Menschen mit geringen Einkommen.

2.3.2. Mehr Netto vom Brutto – geringere Sozialabgaben

Seit die CDU die Bundesregierung führt, müssen die Menschen in Deutschland weniger für ihre soziale Sicherung zahlen – trotzdem bleibt die Absicherung auf einem hohen Niveau. So ist die Summe der Beitragssätze zur gesetzlichen Sozialversicherung von 41,9 Prozent in 2005 auf 39,95 Prozent in 2017 zurückgegangen.

2.3.3. Mehr Geld in den Taschen der Bürger

Um rund 11 Milliarden Euro wurden Arbeitnehmer und Eltern von 2013 bis 2017 durch Anpassung der Steuertarife an die Inflation entlastet. Zur Bekämpfung der so genannten kalten Progression hat die CDU den Steuertarif der Inflation angepasst. Damit landen Lohnerhöhungen zum Ausgleich der Inflation im Geldbeutel der Arbeitnehmer. Diese Anpassung erfolgt künftig automatisch.

2.3.4. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Zeitarbeiter sollen spätestens nach neun Monaten denselben Lohn wie die Stammbesellschaft erhalten. Mit dieser Frist sind Übergangs- und Einarbeitungszeiten berücksichtigt.

2.3.5. Rekordplus bei Renten

Weil der Arbeitsmarkt boomt und die Löhne kräftig gestiegen sind, profitieren auch die Älteren. Die Renten sind 2016 so stark wie seit 23 Jahren nicht mehr gestiegen – um bis zu rund 6 Prozent. Auch zum Juli 2017 sind die Renten weiter gestiegen: um 1,9 Prozent (West) bis fast 3,6 Prozent (Ost).

Teil 2 folgt in der kommenden Woche!

3. Deutsche Agrarexporte weiter gestiegen

Lebensmittel aus Deutschland sind ein Exportschlager: ein Drittel der Gesamtproduktion der deutschen Landwirtschaft wird exportiert, die Ernährungswirtschaft erlöst jeden dritten Euro im Export.

2016 entwickelten sich die deutschen Agrarexporte einmal mehr positiv. Sie erreichten einen neuen Höchststand: Nach vorläufigen Zahlen stiegen sie um rund vier Prozent. Das BMEL rechnet auf der Grundlage vorläufiger Zahlen mit einem Jahresergebnis von etwa 70,5 Milliarden Euro. Hinzu kommt der nicht eingerechnete Export von Landtechnik. Auch hier war "Made in Germany" 2016 gefragt: Vorläufigen Angaben zufolge entfielen allein auf diesen Bereich Exporte in Höhe von etwa 7,4 Milliarden Euro. Der Wert der deutschen Agrarausfuhren steigt seit 1993 beständig an – einzige Ausnahme war das Jahr 2009 als die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise auch im Agrarhandel Spuren hinterließ.

Mit mehr als drei Viertel aller Ausfuhren blieb die EU 2016 der wichtigste Absatzmarkt für deutsche Agrargüter; auch 68 Prozent der Einfuhren stammten aus einem der anderen 27 EU-Mitgliedsstaaten. Im Handel mit den EU-Partnern stiegen die Ausfuhren um 4,5 Prozent auf 51,4 Milliarden Euro. Unser unmittelbarer Nachbar, die Niederlande, blieben im Agrarhandel unverändert das bei weitem wichtigste Herkunfts- und Bestimmungsland: Rund 27 Prozent der deutschen Agrareinfuhren (14,2 Milliarden Euro) aus der EU stammten von dort, rund 18 Prozent deutscher Lieferungen (9,2 Milliarden Euro) in andere EU-Mitgliedstaaten gingen dorthin.

Wie in den Vorjahren folgten Frankreich (5,8 Milliarden Euro) und Italien (5,4 Milliarden Euro) als nächstwichtige Abnehmer deutscher Agrargüter mit Anteilen von jeweils rund elf Prozent an den Ausfuhren in die EU. Den höchsten positiven Saldo im Agrarhandel verzeichnete Deutschland mit dem Vereinigten Königreich (plus 3,1 Milliarden Euro). Ein Großteil des Außenhandels mit den Niederlanden resultiert aus Drittlandsein- und -ausfuhren über den Hafen Rotterdam.

Trotz des von der russischen Regierung verhängten Importverbots für bestimmte Erzeugnisse und des damit verbundenen deutlichen Rückgangs der Exporte nach Russland auf 0,9 Milliarden Euro in 2016, konnten die Ausfuhren in Drittländer um 1,6 Prozent (+255 Mio. €) auf insgesamt 16,5 Mrd. Euro gesteigert werden. Dies zeugt vom hohen Maß regionaler Diversifizierung der deutschen Exporte.

Insgesamt weist der Handel mit einzelnen Drittländern im Zeitablauf deutlich größere Schwankungen auf als der mit den EU-Mitgliedstaaten. Wichtigste Zielländer außerhalb der EU waren 2016 die Schweiz (1,9 Milliarden Euro) gefolgt von den USA (1,8 Milliarden Euro) und China (1,8 Milliarden Euro). Besonders hohe Zuwachsraten verzeichneten Exporte in die Volksrepublik China (plus 29,3 Prozent). Das BMEL unterstützt die Exportbemühungen insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen der deutschen Agrar- und Ernährungsindustrie. Im Fokus stehen kaufkräftige, wachstumsstarke Industrie- und Schwellenländer. Am wenigsten entwickelte Länder sind nicht Ziel der BMEL-Aktivitäten.

Bei Lebensmitteln steht "Made in Germany" für Innovation, Qualität und Sicherheit. Das anerkannt hohe Qualitätsniveau deutscher Erzeugnisse, das mehr und mehr durch die Einführung stufenübergreifender Qualitätssicherungssysteme ergänzt wird, schafft eine gute Ausgangsbasis für weitere Exporterfolge. Bei hochwertigen Veredlungserzeugnissen (mit hoher Wertschöpfung) ist die deutsche Ernährungsindustrie besonders stark und auf den Auslandsmärkten konkurrenzfähig. Etwa ein Drittel der Gesamtproduktion der deutschen Landwirtschaft wird exportiert. Der Anteil der Exporte am Gesamtumsatz der deutschen Ernährungsindustrie beträgt ebenfalls ein Drittel. Gerade in strukturschwächeren Regionen trägt die Agrar- und Ernährungswirtschaft in hohem Maße zu Wertschöpfung und zur Sicherung von Arbeitsplätzen bei.

4. Bundeskabinett bestätigt 3. Pflegemindestlohnverordnung

Die 3. Pflegekommission hat sich für den neuen, ab dem 1. November 2017 geltenden Pflegemindestlohn auf eine Laufzeit von 30 Monaten geeinigt. Die Laufzeit des neuen Pflegemindestlohns endet zum 30. April 2020. Das Bundeskabinett hat die Einigung bestätigt.

Ab dem 1. November 2017 gelten die nachfolgenden gestaffelten und regionalisierten Bruttostundensätze:

Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen

	Höhe	Steigerung
ab 1.1.2017	9,50 €	-
ab 1.1.2018	10,05 €	5,8 %
ab 1.1.2019	10,55 €	5,0 %
ab 1.1.2020	10,85 €	2,8 %

Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein

	Höhe	Steigerung ¹
ab 1.1.2017	10,20 €	-
ab 1.1.2018	10,55 €	3,4 %
ab 1.1.2019	11,05 €	4,7 %
ab 1.1.2020	11,35 €	2,7 %

Mindestentgelte für die Pflegebranche (Pflegemindestlohn) werden vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales auf der Grundlage des Beschlusses einer paritätisch besetzten Pflegekommission festgelegt. Im Gegensatz zu anderen Branchen im Arbeitnehmer-Entsendegesetz hat der Gesetzgeber für die Pflegebranche eine Kommissionslösung gewählt. Damit werden auch die Kirchen, die in der Pflegebranche zu den größten Arbeitgebern gehören, in die Schaffung angemessener Arbeitsbedingungen eingebunden.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales setzt auf Antrag einer Tarifvertragspartei aus der Pflegebranche oder der Dienstgeber- oder Dienstnehmerseite von paritätisch besetzten Kommissionen, die auf der Grundlage kirchlichen Rechts Arbeitsbedingungen für den Bereich kirchlicher Arbeitgeber in der Pflegebranche festlegen, eine Pflegekommission ein und ernennt einen unabhängigen, nicht stimmberechtigten Beauftragten, der die Sitzungen der Kommission leitet. Die 3. Pflegekommission hat am 25. April 2017 einstimmig einen Beschluss zum Pflegemindestlohn gefasst.

Der Beschluss ist vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Rahmen eines Verordnungsverfahrens umgesetzt und wird im August 2017 in Form einer Rechtsverordnung, der Dritten Verordnung über zwingende Arbeitsbedingungen für die Pflegebranche (Dritte Pflegearbeitsbedingungenverordnung - 3. PflegeArbbV) im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Der 3. Pflegekommission gehörten jeweils ein Vertreter der kommunalen Arbeitgeberverbände und des bpa Arbeitgeberverbandes sowie jeweils ein Vertreter der Dienstgeberseite der Caritas und der Diakonie an. Auf Seiten der Arbeitnehmer gibt es zwei Vertreter der Gewerkschaft ver.di sowie Vertreter der Dienstnehmerseite der Caritas und der Diakonie.

Redaktion: Uwe Schüler, Landesgruppenreferent